

**Ausstellung:**

**„Der Rest ist Österreich“  
Die Zerstückelung Österreichs im Spiegel  
der Plakate.**

**Museumsdorf Niedersulz/ Niederösterreich,  
Südmährerhof, Mai – Oktober 2006**



**Erik Eybl**

# Chronologie der Zerstückelung Österreich-Ungarns 1918-1921

## 1917

**10. Jänner:** Die Alliierten bezeichnen die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen und Tschechoslowaken von der Fremdherrschaft Österreich-Ungarns als Kriegsziel.

## 1918

**27. Juni:** Frankreich anerkennt tschechische und slowakische Exilpolitiker in Paris als „tschechoslowakischen Nationalrat“.

**8. August:** Alliierte Truppen durchbrechen die deutsche Westfront. Sowohl den deutschen als auch den österreichischen Militärs ist klar, dass der Krieg nicht mehr gewonnen werden kann.

**9. August:** Der „Tschechische Nationalrat“ in Paris erklärt Österreich-Ungarn den Krieg.

**29. September:** Bulgarien schließt Waffenstillstand mit den Alliierten. Für die Mittelmächte entsteht eine neue Front auf dem Balkan.

**4. Oktober:** Österreichisch-ungarisches Friedensangebot an die USA.

**6. Oktober:** Bildung des „Südslawischen Nationalrates“ in Agram/ Zagreb

**16. Oktober:** Kaiser Karl erklärt im „Völkermanifest“ Österreich-Ungarn in einen Bundesstaat von Nationalstaaten unter habsburgischer Führung umwandeln zu wollen. Darauf konstituieren sich in den Hauptstädten selbständige „Nationalräte“.

**17. Oktober:** „Slowenischer Nationalrat“ in Ljubljana/ Laibach einberufen.

**18. Oktober:** Der tschechische Exilpolitiker Tomáš. G. Masaryk proklamiert in den USA die Tschechoslowakische Republik.

**19. Oktober:** Der US-Präsident Wilson lehnt das Friedensangebot Kaiser Karls ab.

**21. Oktober:** Deutschsprachige Abgeordnete in Wien erklären sich zur „provisorischen Nationalversammlung“ des Staates „Deutschösterreich“.

**27. Oktober:** Eine „Liquidationskommission“ bereitet in Krakau den Anschluss Galiziens an Polen vor. Ostgalizien gerät kurz unter ukrainische Herrschaft

**29. Oktober:** Der „südslawische Nationalrat“ in Zagreb/ Agram ruft einen eigenen Staat aus. Die ungarische Regierung ruft die ungarischen Truppen von der Italienfront zurück, um eine neue Balkanfront aufzubauen. Darauf verlassen auch kroatische Truppen die Front. Deutschsprachige Abgeordnete Südböhmens berufen den „Südböhmischen Nationalrat“ ein und erklären den Beitritt zu „Deutschösterreich“. Die „Provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs“ wählt einen „Staatsrat“ als Regierung und erklärt den Beitritt zum Deutschen Reich.

**30. Oktober:** Der „Slowakische Nationalrat“ bekundet, dass die „slowakische Nation Teil der tschechischen Nation“ sei. Ungarn ist militärisch an seiner Süd- und Ostgrenze gebunden und greift vorerst nicht in der Slowakei ein.

**31. Oktober:** Der letzte kaiserliche Ministerpräsident übergibt die Regierung an den vom österreichischen Staatsrat gewählten Staatskanzler Dr. Karl Renner. Kaiser Karl ist formell noch Staatsoberhaupt, nimmt aber an den Ereignissen nicht mehr teil.

**4. November:** Der Waffenstillstand zwischen Italien und Österreich tritt in Kraft. Die Armee gerät zum Teil in Kriegsgefangenschaft, der Rest marschiert in die Heimatländer.

**11. November:** Kaiser Karl verzichtet in Österreich auf seinen Anteil an den Regierungsgeschäften. Eine formelle Abdankung findet nicht statt.

**12. November:** Durch das „Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs“ wird Österreich formell Republik. Der Bundesstaat entsteht durch Erklärungen der Landtage der einzelnen Bundesländer. Auch die Abgeordneten Südtirols, der Südsteiermark sowie der deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens erklären den Beitritt der von ihnen vertretenen Länder zum neuen Staat.

**13. November:** Ungarn beginnt mit der militärischen Besetzung der Slowakei

**14. November:** Der „Prager Nationalausschuss“ beschließt eine provisorische Verfassung unter Einschluss der Slowakei und wählt Tomas G. Masaryk zum Präsidenten, Edvard Benes wird Außenminister.

**16. November:** Revolution in Ungarn und Ausrufung der Republik. König Karl dankt zwar nicht ab, hält sich aber in Österreich auf und hat keinerlei politischen Einfluss mehr.

**28. November:** Österreichs östlichster Landesteil, die Bukowina, schließt sich Rumänien an.

**29. November:** Tschechoslowakisches Militär marschiert in die Grenzgebiete ein und verhindert einen Anschluss der deutschsprachigen Regionen Südböhmens und Südmährens an Österreich.

**1. Dezember:** Zusammenschluss der Slowenen, Kroaten, Bosnier und Herzegowiner mit Serbien und Montenegro zum späteren Jugoslawien. Wenig später marschieren Truppen in Südkärnten ein. Militärische Erfolge der Kärntner Landesverteidigung im „Kärntner Abwehrkampf“ führen zum Abzug der slowenischen Soldaten.

**20. Dezember:** Tschechische Truppen beginnen mit alliierter Unterstützung mit der Invasion der Slowakei die am 20. Jänner 1919 vollzogen ist. Das überwiegend deutschsprachige Pressburg gehörte damit nicht mehr zu Ungarn und war daher auch für österreichische Ambitionen als Teil des „Burgenlandes“ verloren.

## 1919

**18. Jänner:** Eröffnung der Pariser Friedenskonferenz. Die Verhandlungen mit den Mittelmächten werden getrennt in Pariser Vororten geführt: Mit Österreich in St. Germain-en-Laye, mit Ungarn in Trianon und mit dem Deutschen Reich in Versailles.

**27. Jänner:** „Marburger Blutsonntag“: Bei einer Demonstration deutschsprachiger Marburger werden 13 Demonstranten von slowenischem Militär erschossen.

**16. Februar 1919:** Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung Deutschösterreichs.

**4. März:** Bei Demonstrationen in 16 sudetendeutschen Gemeinden werden 56 Menschen erschossen und 184 verletzt.

**24. März:** Kaiser Karl muss Österreich verlassen und findet Aufnahme in der Schweiz.

**März:** Kommunistische Machtübernahme in Ungarn, Kriegserklärung an die Tschechoslowakei mit dem Ziel, Pressburg und die Ostslowakei zurückzugewinnen.

**April:** Neuerlich dringen slowenische Truppen mit serbischer Unterstützung überraschend in Kärnten ein und besetzen Klagenfurt. Rumänisches Militär marschiert in Ungarn ein und besetzt Budapest.

**Mai:** Die Friedenskonferenz in Paris beschließt eine Volksabstimmung in Süd-Kärnten über die Zugehörigkeit zu Österreich oder Jugoslawien abhalten zu wollen.

**11. Mai 1919:** Eine offizielle Volksabstimmung in Vorarlberg ergibt eine Zustimmung von 80 % für einen Anschluss an die Schweiz.

**10. September:** Der Friedensvertrag von St. Germain wird unterzeichnet und bestimmt die Grenzen Österreichs. Da es, wie auch Ungarn, von den Siegern als Rechtsnachfolger der Monarchie und damit neben Deutschland und der Türkei als einziger Kriegsschuldige angesehen wird, gilt die Forderung des amerikanischen Präsidenten Wilsons nach einem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ für diese beiden Länder nicht. Nur bei Zuteilung des Burgenlandes und in Kärnten werden Nationalstaatsgedanken auch zugunsten Österreichs angewandt. Die deutschsprachigen Gebiete werden nach den Vorstellungen der Siegerstaaten und der Tschechoslowakei aufgeteilt:

- Südtirol und das Kanaltal an Italien,
- die Südsteiermark an das neue Jugoslawien („SHS-Staat“)
- Südmähren, Südböhmen und das Sudetenland an die Tschechoslowakei,

- Deutsch-Westungarn solle an Österreich fallen, was Ungarn verweigert!
- Über Südkärnten ist eine Volksabstimmung abzuhalten.

Der Ministerpräsident Frankreichs, Georges Clemenceau, meinte zu Ende der Friedensverhandlungen: „**Der Rest ist Österreich**“.

## 1920

**23. März:** Admiral Horthy proklamiert Ungarn als Monarchie mit vakantem Thron und nimmt die Stellung eines Reichsverwesers ein. Sein Plan einer Dynastiegründung wird durch den Unfalltod seines einzigen Sohnes vereitelt.

**10. Oktober:** Die Volksabstimmung in Kärnten bringt bereits in der Zone „A“ südlich und östlich von Klagenfurt eine Mehrheit zugunsten Österreichs. Die Abstimmung in der Zone „B“ (Klagenfurt und Umgebung) entfällt daher, die Grenze wird entlang der Karawanken gezogen.

**21. Oktober:** Aufgrund der Friedensbestimmungen von St. Germain muss sich „Deutschösterreich“ in „Österreich“ umbenennen.

## 1921

**26. Juli:** Im Friedensvertrag von Trianon wird Ungarn endgültig verpflichtet, das deutsch- und kroatischsprachige Gebiet Westungarns an Österreich abzutreten. Ungarn verzögert die Übergabe weiter, es kommt zu Freischärlerkämpfen.

**Oktober:** Ungarn ist zur freiwilligen Räumung des Burgenlandes bereit, wenn über das Gebiet Ödenburg und Umgebung eine Volksabstimmung abgehalten werde. Österreich willigt ein. Ein Restaurationsversuch König Karls in Ungarn wird von Reichsverweser Admiral Horthy militärisch vereitelt, Karl gefangen und unter englischer Aufsicht nach Madeira ins Exil gebracht. Ungarn bleibt formell Monarchie, das Haus Habsburg wird aber von der Thronfolge ausgeschlossen. Die Abwehr des Restaurationsversuches beeinflusst die Tschechoslowakei und Italien in der Frage der Volksabstimmung in Ödenburg zugunsten Ungarns.

**November:** Die ungarische Armee verlässt Westungarn, österreichisches Bundesheer marschiert ein. Die Regierung nennt das neue Bundesland wie geplant „Burgenland“, obwohl keine der ursprünglich namengebenden Städte Pressburg, Eisenburg, Wieselburg und Ödenburg dazu gehören.

**14. Dezember:** Die Volksabstimmung in Ödenburg und Umgebung geht nicht zuletzt wegen der Behinderung der österreichischen Abstimmungskommission, der Verfälschung von Wählerlisten und der parteiischen Haltung der italienischen Abstimmungsaufsicht zugunsten Ungarns aus.

Damit war die Zertrümmerung Österreich-Ungarns vollzogen. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung geschah dies weniger von außen durch die Siegermächte, sondern durch das Auseinanderstreben der Völker selbst. Österreich ist daran durch die Festlegung auf einen Anschluss an Deutschland noch im November 1918 nicht frei von historischer Schuld. Da die Siegermächte eine Stärkung des Deutschen Reiches um jeden Preis verhindern wollten, lehnten sie das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ für die Deutschen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie kategorisch ab. Zu groß schien die Gefahr, dass eine Stärkung Österreichs zu einer Stärkung Deutschlands führen werde. Die Idee, Österreich als selbständigen „zweiten deutschen Staat“ neben Deutschland zu etablieren, kam zu spät. Letztlich konnten die Pariser Friedensverträge das Hauptproblem Mitteleuropas, die Schaffung von Nationalstaaten als Nachfolger der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, nicht lösen. Zu sehr waren die Völker ineinander verwoben, zu viele „alte Rechnungen“ waren noch offen und zu lange hatte Österreich-Ungarn selbst gewartet, um sich den immer drängenderen Problemen zu stellen.

## Die Plakate:

### Werbeplakat zur 8. Kriegsanleihe. Ernst Ludwig Franke 1918.

In den Kriegsjahren 1914-1918 wurden 1,5 Millionen österreichisch-ungarische Soldaten im Kampf getötet oder starben an den Kriegsfolgen, 2 Millionen erlitten Verwundungen oder Verstümmelungen, 2,8 Millionen gerieten in Gefangenschaft, von denen wiederum 800.000 verstarben. Im Hinterland forderte die allgemeine Unterversorgung und der quälende Hunger hundert-tausende Tote.

Auf den Werbeplakaten zur letzten Kriegsanleihe 1918 versuchte man, den Frieden in den freundlichsten Farben zu schildern. Dazu sollten allerdings jetzt nochmals Opfer gebracht werden. Doch nach vier Jahren Krieg war Österreich-Ungarn vollkommen erschöpft. Die Front hielt zwar noch, obwohl das Durchschnittsgewicht des Soldaten nur noch 48 kg betrug. Im Hinterland kam es aber immer häufiger zu Hungerrevolten. Schon längst war das Leben auch für die ehemals Vermögenden ein täglicher Kampf um's nackte Überleben geworden. Von all dem erzählt das Plakat mit dem jungen, dynamischen Sämann, der Goldmünzen ausstreuend in Richtung Sonne geht, nichts.



### Werbeplakat für die Erste Österreichische Staatsanleihe. Adaption eines anonymen Plakates zur 7. Kriegsanleihe von 1917. Anonym 1919.

Wenige Monate später traf dieses Plakat die Realität schon besser. Dabei war es bloß ein Nachdruck eines Plakates für die 7. Kriegsanleihe 1917.

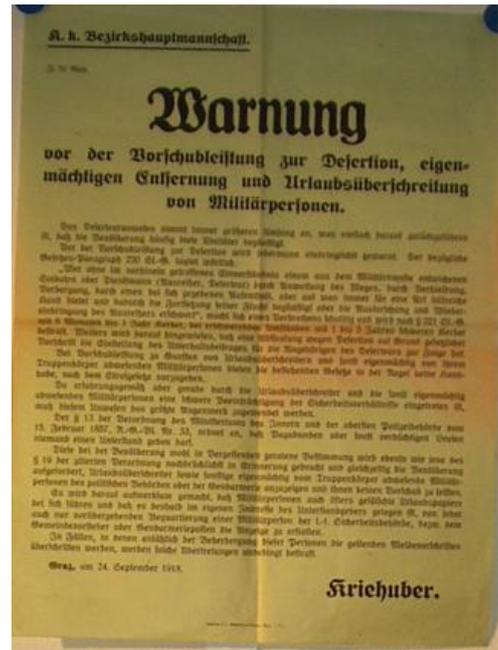
Ein ausgemergelter Veteran, der auch im Zivilleben noch die Uniform auftragen muss, steht auf einem unbestellten Acker. Die Farben sind dumpf, das Dörfchen duckt sich im Hintergrund, dem Sämann scheint keine Sonne.

Von den 6,3 Millionen Einwohnern Österreichs waren 355.000 arbeitslos, der Hungerwinter 1918/1919 übertraf noch die schlimmste Kriegszeit. Und auch die erste Staatsanleihe der jungen Republik Österreich blieb weit hinter den Erwartungen zurück.



## Warnung vor der Vorschubleistung zur Desertion, eigenmächtigen Entfernung und Urlaubsüberschreitung von Militärpersonen. Amtliche Kundmachung. Graz 1918.

Die k.u.k. Armee war 1918 durch schlechte Versorgung und den vierjährigen Stellungskrieg bereits zermürbt. Dazu kamen revolutionäre Ideen, die von Heimkehrern aus russischer Kriegsgefangenschaft mitgebracht wurden und die Nachrichten über den Hunger in der Heimat. Ab Herbst 1918 verdichteten sich Gerüchte, dass die Monarchie in ihre Teile zerbrechen und es zu Kämpfen zwischen den Nationen kommen werde. Schließlich rief die ungarische Regierung Ende Oktober ihre Truppen von der Front zurück, um einen Abfall Kroatiens militärisch zu verhindern. Darauf verließen auch kroatische Soldaten die Front.



## Italienische Propaganda-Flugblätter.

Die italienische Propaganda richtete sich besonders an tschechische, rumänische, polnische und südslawische Soldaten und wollte sie zur Desertion bewegen.

## „Völkermanifest“ Kaiser Karls. 16. Oktober 1918.

Kaiser Karl und seiner Regierung war spätestens ab Sommer 1918 völlig klar, dass bei einer Fortführung des Krieges die militärische Niederlage und damit auch das Ende der Monarchie unabwendbar waren. Am 4. Oktober richtete er ein Friedensangebot an den amerikanischen Präsidenten Wilson, das dieser zuerst unbeantwortet ließ. Um zu unterstreichen, das von den USA geforderte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ anwenden zu wollen, kündigte Kaiser Karl am 16. Oktober 1918 die Umwandlung Österreichs in einen Bundesstaat gleichberechtigter Nationalstaaten unter gemeinsamer habsburgischer Führung an. Der Kaiser ermächtigte die Völker, dabei durch „Nationalräte“, die aus den Parlamentsabgeordneten des jeweiligen Landes zu bilden seien, mitzuwirken. Den Bewohnern der polnischen Gebiete wurde bereits anheim gestellt, sich dem neuen polnischen Staat anzuschließen.

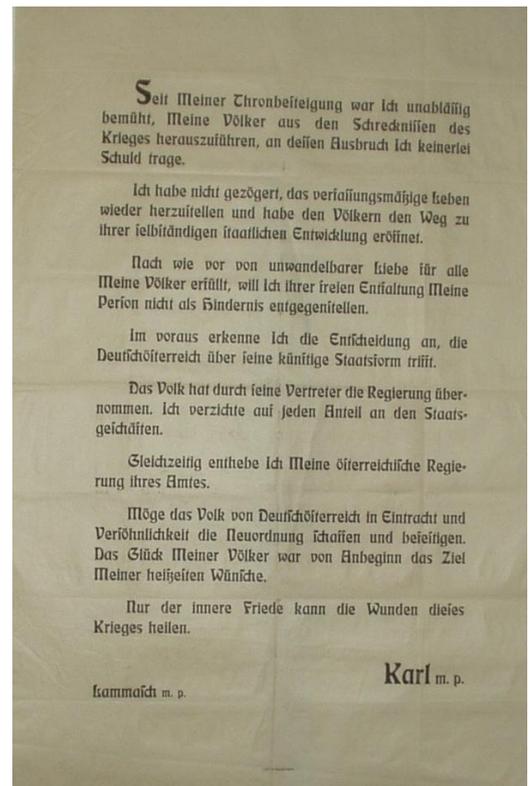
Dieses „Völkermanifest“ galt nur für die österreichische Reichshälfte, Ungarn verweigerte die Mitwirkung an der Umgestaltung der Monarchie. Am 19. Oktober lehnte Präsident Wilson das Friedensangebot trotzdem ab. Anstatt die Völker der Monarchie damit weiter an das Haus Habsburg binden zu können, ermutigte der Vorschlag auch Politiker anderer Nationalitäten, eigene „Nationalversammlungen“ einzuberufen, die daran gingen, ihre Zukunft ohne Mitwirkung Kaiser Karls zu gestalten. Unter den Augen der letzten kaiserlichen Regierung löste sich der Staat binnen weniger Wochen auf.



## Veröffentlichung des Verzichtes Kaiser Karls auf seinen Anteil an den Regierungsgeschäften in Österreich. 11. November 1918.

Entgegen sonstigen kaiserlichen Verordnungen ist auf diesem Plakat weder ein Doppeladler noch die Einleitung „An meine Völker“ noch ein Datum enthalten. Die Erklärung ist zwar von Kaiser Karl und dem letzten Ministerpräsidenten Lammasch gezeichnet, die Veröffentlichung wurde aber bereits vom „Deutschösterreichischen Staatsrat“ veranlasst, der bewusst keine kaiserlichen Formalitäten mehr zugelassen hatte.

Die Verzichtserklärung wurde von Politikern Deutschösterreichs erwirkt. Daher erkennt Kaiser Karl nur „die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft“. Und obwohl sich der Inhalt dieser Erklärung nur an das „Volk von Deutschösterreich“ richtete, wurde sie in der ganzen Monarchie als „Abdankung“ verstanden. Dies traf rein rechtlich nicht zu, aber Kaiser Karl entthob darin auch seine „österreichische Regierung ihres Amtes“. Diese „österreichische Regierung“ war aber nicht nur für „Deutschösterreich“ sondern auch für Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien, die Bukowina, Krain (Slowenien), Dalmatien und Istrien zuständig. Mit der Entlassung der Regierung entstand daher ein rechtliches Vakuum, das die Politiker aller Völker, auch jene, die bisher treu zum Haus Habsburg gehalten hatten, geradezu nötigte, die Neuordnung der Staaten selbst in die Hand zu nehmen. Damit gab es auch keine Macht mehr, die Interessen der Gesamtmonarchie vertreten hätte können. Mit dieser Verzichtserklärung hörte Österreich-Ungarn praktisch zu existieren auf.



## Flugblatt der Wiener Zeitung, Darstellung der Neuordnung Europas nach einem Sieg der Alliierten., Wien 1915.

Das Flugblatt beruft sich auf französische Quellen, nach denen Österreich-Ungarn nach dem Sieg der Alliierten vollkommen zerschmettert werden sollte.

In dieser Darstellung fällt Südtirol, Südwest-Kärnten, Slowenien und Istrien an Italien, Nordtirol an die Schweiz. Böhmen wird wie Ungarn ein eigenes Königreich, wobei neben Siebenbürgen und der Bukowina



auch Ostungarn an Rumänien abgetreten werden. Dafür bleibt Deutsch-Westungarn (Burgenland) bei Ungarn, das seine Grenze bis knapp vor Graz und Klagenfurt schiebt. Galizien und Schlesien fallen an Polen, Kroatien an Serbien. Der österreichische Reststaat, vom Meer

abgeschnitten, sollte gerade noch Teile Kärntens, die Steiermark, Teile Salzburgs, Ober- und Niederösterreich und überraschend auch Mähren umfassen.

Auf beiden Seiten wurden für die Zeit nach dem Krieg Pläne für die weitgehende Neugestaltung Europas geschmiedet. Die hier gezeigte Darstellung entspricht dem seit 1917 klar formulierten alliierten Kriegsziel der Zerschlagung Österreich-Ungarns, wenngleich die Realität dann doch etwas anders aussah.

### **Die Zertrümmerung Österreich-Ungarns durch den Friedensvertrag von St. Germain 1919.**

Von 1278 bis 1918 entwickelte sich Österreich (ab 1867 „Österreich-Ungarn“) zu einem Staat mit rund 51 Millionen Einwohnern. Es reichte von der heutigen Ukraine bis Vorarlberg und von der Adriaküste bis in das heutige Polen und umfasste 12 Sprachgruppen:

24 % Deutsche	10 % Polen	5 % Kroaten	3 % Slowenen
20 % Ungarn	8 % Ruthenen	4 % Slowaken	2 % Italiener
13 % Tschechen	6 % Rumänen	4 % Serben	1 % Bosniaken



In den Grenzgebieten bestand eine Jahrhunderte lang gewachsene Sprachvielfalt. Mit dem Friedensvertrag von St. Germain 1919 wurde dieses in 640 Jahren entstandene Konglomerat mitteleuropäischer Länder unter Führung des Hauses Habsburg endgültig zertrümmert. Auch die Hoffnung, im neuen Staat „Deutschösterreich“ alle 10 Millionen Deutschsprachigen der Monarchie, die in und um das heutige Österreich lebten, vereinen zu können, erfüllte sich nicht. Das von Amerika als Grundlage der neuen europäischen Ordnung proklamierte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ wurde für Österreich durch Einzelinteressen der Sieger und vor allem durch Frankreich, das grundsätzlich eine Schwächung deutschsprachiger Staaten anstrebte, weitgehend vereitelt.

**Kundmachung des „Staatsrates von Deutschösterreich“. Wien, 30. Oktober 1918.**

Entsprechend der Aufforderung im „Völkermanifest“ traten die aus den deutschsprachigen Gebieten stammenden Abgeordneten des 1910 gewählten Parlamentes am 21. Oktober 1918 zusammen. Sie beschlossen am 29. Oktober ein „provisorisches Grundgesetz“ eines „Deutschösterreichischen Staates“, über dessen Staatsform und Grenzen man noch keine Klarheit hatte.

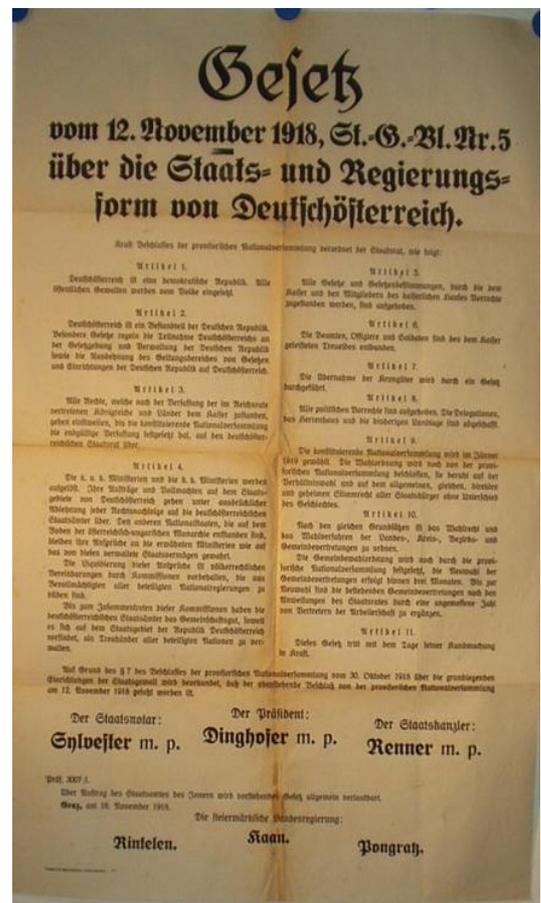
Das „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ nährte die Hoffnung, in diesem Staat alle Deutschsprachigen Österreichs, Böhmens, Mährens und Ungarns sowie selbstverständlich Südtirol, gesamt etwa 10 Millionen Menschen, vereinen zu können. Von seinen Gründern war „Deutschösterreich“ als Art „Übergangsstaat“ geplant, dessen erklärtes Ziel es war, sich möglichst rasch an Deutschland anzuschließen.

Aufgrund dieses „provisorischen Grundgesetzes“ wurde am 29. Oktober 1918 von der „provisorischen Nationalversammlung“ ein „Staatsrat“ unter Führung der Parteienvertreter Prälat Johann Hauser für die Christlichsozialen, Franz Dinghofer für die Deutschnationalen und Karl Seitz für die Sozialdemokraten eingesetzt. Wichtigste Aufgabe des Staatsrates war die Erlassung eines Staatsgrundgesetzes und die Ernennung einer Übergangsregierung unter Staatskanzler Dr. Renner. Die wichtigsten Regierungsaufgaben wiederum waren die Regelung der chaotischen inneren Verhältnisse, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und die Vertretung der Interessen des neuen Staates in den Friedensverhandlungen in St. Germain.



**Kundmachung des „Gesetzes über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs“. 12. November 1918.**

Bis zum 11. November 1918 gab es keine offiziellen Aussagen über die Staatsform des neuen Staates. Nach dem Verzicht Kaiser Karls beschloss die „provisorische Nationalversammlung“ in Artikel 1 des Gesetzes vom 12. November: „Deutschösterreich ist eine demokratische Republik“. Damit war die Abkehr von der Monarchie endgültig vollzogen. Gleich in Artikel 2 wurde festgesetzt: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“. Dadurch verschlechterte sich die Aussicht Österreichs, auch die deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens zu erhalten, ganz wesentlich. Schließlich wurde dieser Anschluss an Deutschland



durch den Friedensvertrag von St. Germain kategorisch untersagt. Deutschland sollte durch den Krieg keinerlei Gebietszuwachs erhalten, auch wenn eine Anwendung des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ in Österreich wohl eine erhebliche Mehrheit dafür gebracht hätte.

Weiters wurde verfügt, dass alle Rechte des Kaisers auf den Staatsrat übergehen sollen, der damit die Funktion eines Staatsoberhauptes übernahm, dass alle Vorrechte der Familie Habsburg aufgehoben und Beamte, Offiziere und Soldaten ihres Treueides auf den Kaiser enthoben seien.

Durch die Wahl einer „konstituierenden Nationalversammlung“ aufgrund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes ohne Unterschied des Geschlechtes im Jänner 1919 sollten die „Provisorien“ beendet werden. Damit durften erstmals auch Frauen in Österreich wählen.

### **Werbeplakat für eine Schrift über die Zukunft Österreich. Hopp 1919.**

Der österreichische Nationalökonom Dr. Gustav Stolper erläuterte in der 1919 in Deutschland erschienen Schrift die Wahlmöglichkeit, die Österreich seiner Ansicht nach hatte:

Entweder ein Anschluss an ein „Großdeutschland“ oder Teil einer „Donauföderation“ mit Ungarn. Eine eigenstaatliche Existenz wurde nicht in Erwägung gezogen. Das Bild gibt Aufschluss über die Ansicht des Autors: Da umfängt die gemeinsame Mutter die Wahrzeichen Wiens und Berlins, den Stephansdom und das Brandenburger Tor.

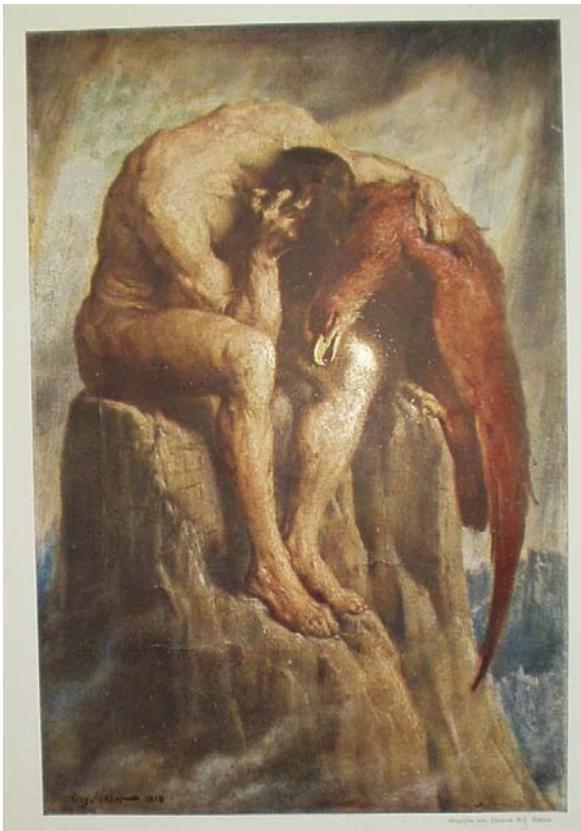
Tatsächlich konnte sich 1919 kaum jemand vorstellen, dass dieses Deutschösterreich lebensfähig sein sollte. Die Konservativen und Monarchisten tendierten zu einer engen Anbindung an die Nachfolgestaaten der Monarchie, vor allem an Ungarn. Dort war die kommunistische Regierung Béla Kuns nach wenigen Monaten gestürzt und eine autoritäre Regierung unter dem ehemaligen k.u.k. Admiral Nikolaus Horthy etabliert worden.

Liberales, Sozialdemokraten und Deutschnationale wollten den Anschluss an Deutschland. Kommunistische Machtübernahmen waren auch hier unter bürgerkriegsähnlichen Umständen vereitelt worden, doch stellten die Sozialdemokraten Kanzler und Reichspräsidenten. Dadurch schien eine demokratische Entwicklung gesicherter als in Ungarn.

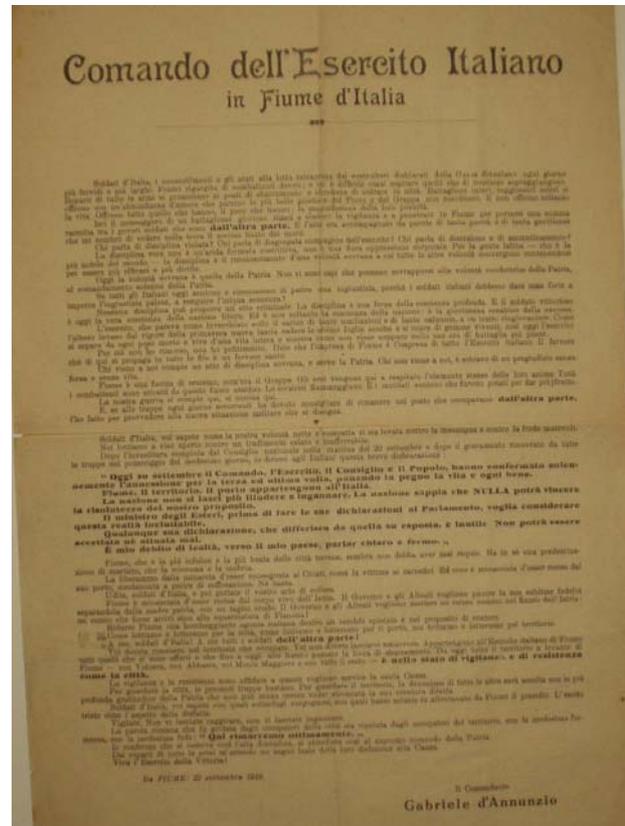
Da aber die Siegerstaaten jede Stärkung Deutschlands verhindern wollten und sogar die deutsche Regierung wenig Interesse zeigte, musste dieser „Staat den niemand wollte“ (Hellmut Andics) doch ein selbständiges Dasein fristen.



**Reproduktion eines Gemäldes von Thomas Riss. Meran 1918.**



**Kundmachung der italienischen Okkupanten in Fiume/ Rijeka unter Führung des nationalistischen Dichters Gabriele d'Annunzio. Fiume 1919.**



**Anonymes Flugblatt zur Erinnerung an Südtirol.**

Während um Istrien und Dalmatien ein Konflikt zwischen den Siegermächten Italien und Serbien/ Jugoslawien entstand, blieben Südtirol und das Kärntner Kanaltal unbestrittene Kriegsbeute Italiens. Wie in der Südsteiermark, in Südmähren, Südböhmen und dem Sudetenland wurde das „Selbstbestimmungsrecht“ vollkommen ignoriert. Während sich die neue Tschechoslowakei aber wenigstens auf historische Grenzen berufen konnte, galt für Südtirol die nackte Macht des Siegers. Im Gegensatz zur tschechischen Regierung begann die italienische bald nach Kriegsende mit einer brutalen Zwangsassimilierung der Tiroler Bevölkerung und förderte die Einwanderung aus Süditalien in das bisher rein deutschsprachige Gebiet massiv.



**Kärntner Werbeplakate für die Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 auf deutsch und slowenisch. Anonym, 1920.**

Die Wasserscheide zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer wurde als Grenze zwischen Österreich und Italien bestimmt. Somit fiel nicht nur Südtirol an Italien sondern auch das Kärntner Kanaltal von Tarvis bis Pontebba. Unter Berufung auf historische und sprachliche Umstände forderte der „slowenische Nationalrat“ schon 1918 die weitgehende Einbeziehung Kärntens in den neuen Südslawischen Staat. Um für die Friedensverhandlungen vollendete Tatsachen zu schaffen, marschierten Truppen ein. Kärnten organisierte selbst militärischen Widerstand, erstmals kämpften Soldaten gegeneinander, die wenige Monate vorher noch Seite an Seite an der Front in Italien gestanden waren. Im „Kärntner Abwehrkampf“ gelang es, die Eindringlinge wieder über die Grenze zurück zu werfen.

Da die slowenischen Ansprüche auf Südkärnten bei den Friedensverhandlungen kaum Gehör fanden, erfolgte im April 1919 eine überfallsartige Besetzung Klagenfurts durch slowenisches und serbisches Militär. Im Friedensvertrag wurde allerdings eine Volksbefragung in Kärnten angeordnet. Am 10. Oktober 1920 entschied sich schon die Bevölkerung in der Zone „A“ für Österreich, wodurch eine weitere Abstimmung in Zone „B“ entfiel.

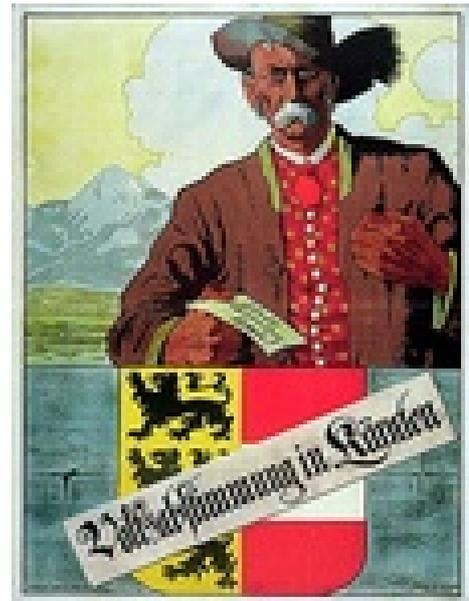
**Kärntner Werbeplakat für die Volksabstimmung 10. Oktober 1920. Carl W. Kühn, 1920.**

Auch ein Teil der slowenischen Bevölkerung entschied sich für Kärnten. Dabei spielte die Plakatwerbung, die auf Friedenssehnsucht und Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung setzte und dem neuen Südslawischen Staat Aggression und Militarismus unterstellte, eine bedeutende Rolle.



**Kärntner Werbeplakat für die Volksabstimmung  
10. Oktober 1920. Ernst Kutzer, 1920.**

Natürlich setzte man auch auf nationale Symbole. Der alte Bauer in Kärntner Tracht mit seinem mächtigen Schnurrbart und dem energischen Blick ist das bedeutendste Werbesujet für die Volksabstimmung geworden. Die eine Hand am Herzen, die andere zur Faust geballt, die dem Betrachter den weißen Stimmzettel mit der Parole „Bleibt Kärnten treu“ entgegenhält. Im Hintergrund leuchten die Karawankengipfel, entlang derer die Grenze nach Kärntner Ansicht gezogen werden müsse. Das Bild ist übermächtig, die Botschaft glasklar.



**Spendenaufwurf des Vereines „Südmark“ zur  
Unterstützung deutschsprachiger Familien in den  
slowenisch besetzten Gebieten. Adaption eines  
anonymen Plakates zur 8. Kriegsanleihe von 1918.  
Anonym, Februar 1919.**

Dieses Plakat ist die Umarbeitung eines Werbeplakats für die 8. Kriegsanleihe. Da sich schon dieses an die „Deutschen in Wien“ richtete und es die deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold statt des kaiserlichen Schwarz-Gelb trug, war bloß der Text auszutauschen,

**Aufruf zu einer Protestversammlung gegen  
slowenische Gewaltakte in Marburg. 1920**

Noch im Winter 1918 besetzten slowenische Soldaten die deutschsprachigen Gebiete der Südsteiermark um die Städte Marburg, Windischgraz, Pettau, Mureck und Radkersburg. Der Plan einer Rückeroberung durch österreichische Truppen musste wegen der Hoffnung auf jugoslawische Lebensmittelhilfe fallen gelassen werden. Eine amerikanische Kommission bereiste die Gebiete und stellte fest, dass Mureck und Radkersburg deutschsprachig seien. Darauf demonstrierte in Marburg die deutsche Bevölkerung, um auf ihr Schicksal hinzuweisen. Slowenisches Militär schlug die Demonstration blutig nieder, 13 Tote und 60 Verletzte blieben auf den Straßen.



Während Amerika, England und Italien für eine Volksabstimmung eintraten, war Frankreich, das sich den Südslawen besonders verbunden zeigte, strikt dagegen. Im Frieden von St. Germain konnte die österreichische Delegation immerhin Radkersburg, Mureck und die Soboth retten.

**Politisches Plakat: „Köztársaságot – Wir fordern die Republik“. Mihaly Biró, 1919.**

In Ungarn herrschten 1918/ 1919 unter allen Nachfolgestaaten der Monarchie die instabilsten Verhältnisse. Nach der Ausrufung der Republik unter der Regierung des Grafen Károlyi am 16. Dezember 1918 bildete sich im März 1919 eine Räteregierung unter dem ehemaligen k.u.k. Offizier Béla Kun, der den Kommunismus als russischer Kriegsgefangener kennen gelernt hatte.

Der Schöpfer dieses Plakates, Mihaly Biró (1886-1948), gilt als Begründer des politischen Plakates. Schon in seiner Jugend war er als Zeichner für sozialistische Zeitungen erfolgreich und erfand mit dem „Roten Mann mit dem Hammer“ eine Symbolgestalt für die Arbeiterklasse. Er diente als Offizier im Ersten Weltkrieg, schloss sich danach den Kommunisten Béla Kuns an, wurde Staatssekretär für Propaganda und

musste vor den Horthy-Truppen 1920 nach Wien, vor dem Austrofaschismus 1934 in die Tschechoslowakei und den Nazis 1939 nach Frankreich fliehen. Wie schon in Ungarn entstanden auch in Wien zahlreiche künstlerisch hervorragende Plakate sowohl für Wirtschaftswerbung als auch für die Sozialdemokraten. Todkrank wurde Biró 1947 durch die neue kommunistische Regierung Ungarns aus Paris nach Budapest heimgeholt und starb 1948.



**Werbeplakat „Ne csüggedj! – Verzweifelt nicht!“ der kommunistischen ungarischen Regierung für den Krieg gegen die Tschechoslowakei. Anonym, Budapest 1919.**

Ungarn wurde durch die Siegermächte 1919 radikal verkleinert: ganz Siebenbürgen fiel an Rumänien, die Slowakei mit der alten ungarischen Königsstadt Poszony/ Bratislava/ Pressburg an die Tschechoslowakei, Kroatien und Teile Südostungarns an Jugoslawien.

Ungarn fühlte sich durch die Friedensverhandlungen am ungerechtesten behandelt. Auch Béla Kun verschloss sich den nationalistischen Parolen nicht und verband sie mit revolutionären Gedanken. Er erklärte der gerade erst entstandenen Tschechoslowakei den Krieg und marschierte in der Slowakei ein. Unter dem Titel „Verzweifelt nicht!“ schildert dieses Plakat den „glorreichen Weg der Roten Armee“ in die Slowakei im Mai und Juni 1919. Dadurch trat Rumänien auf den Plan, das eine ähnliche Vorgangsweise in Siebenbürgen fürchtete und von den



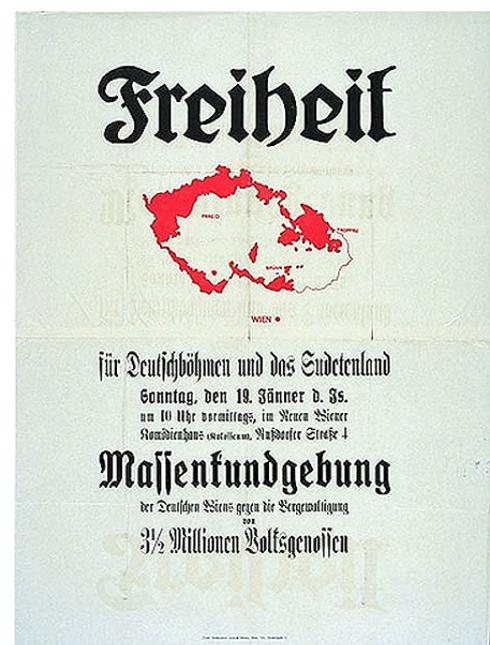
Siegermächten autorisiert nun in Ungarn einmarschierte. Kun zog zwar seine Truppen aus der Slowakei zurück, wurde aber bald darauf durch eine Allianz der Tschechoslowakei, Rumäniens und konservativer ungarischer Truppen unter dem ehemaligen k.u.k. Admiral Nikolaus Horthy mit Unterstützung Frankreichs gestürzt. Kun floh nach Österreich und später in die Sowjetunion, wo er 1939 als Opfer stalinistischer Säuberungen ermordet wurde. Horthy wurde 1920 zum Staatsoberhaupt gewählt und proklamierte Ungarn wieder zum Königreich, allerdings mit vakantem Thron. Er nahm die Rolle eines „Reichsverwesers“ ein und vereitelte zwei Restaurationsversuche König Karls. Sein Plan, eine eigene Königsdynastie zu begründen, scheiterte am Unfalltod seines einzigen Sohnes.

### **Ankündigung einer Versammlung zugunsten des Anschlusses von Deutsch-Westungarn an Österreich. März 1919.**

Im Dezember 1918 riefen deutschsprachige Ungarn die „Republik Heinzenland“ in Mattersburg aus, wofür sich ungarische Nationalisten mit der Proklamation des „Leithabanates“ um Oberwart revanchierten. Es kam zu Freischärlerkämpfen, die Todesopfer forderten. Im Friedensvertrag von Trianon wurde Ungarn verpflichtet, das deutsch- und kroatischsprachige Gebiet Westungarns an Österreich abzutreten. Der tschechoslowakischen Forderung, dieses Gebiet als „slawischen Korridor“ zu Jugoslawien zu erhalten, trat die Friedenskonferenz nicht näher. Nach anfänglicher Verzögerung erklärte sich Ungarn zur Räumung bereit, wenn im Gebiet Ödenburg eine Volksabstimmung abgehalten werde. Nach dem Sturz der kommunistischen Regierung Béla Kuns und der Abwehr der Restaurationsversuche König Karls durch Horthy standen die Siegerstaaten Ungarn nun positiver gegenüber. Österreich musste in den Vorschlag einwilligen, obwohl er dem Friedensvertrag widersprach. Österreichisches Bundesheer marschierte im November 1921 im Burgenland ein. Im Dezember ging die Volksabstimmung in Ödenburg nicht zuletzt wegen der Behinderung der österreichischen Abstimmungskommission, der Verfälschung von Wählerlisten und der parteiischen Haltung der italienischen Abstimmungsaufsicht zugunsten Ungarns aus. Obwohl keine der ursprünglich namengebenden Städte Pressburg (Pozsony/Bratislava), Wieselburg (Mosonmagyaróvár), Ödenburg (Sopron) und Eisenburg (Vasvár) nun dazu gehörte, bekam das neue Bundesland doch den geplanten Namen „Burgenland“.

### **Aufruf zu einer Kundgebung zugunsten Deutschböhmens und des Sudetenlandes. 1919**

Böhmen und Mähren war Jahrhunderte lang gemischtsprachiges Gebiet, wobei die deutschen Siedlungen in einem Bogen vom Süden Mährens und



Böhmens über das nordwestlich gelegene Deutschböhmen bis zum Sudetenland in Nordmähren und Schlesien reichte. Bedeutende Sprachinseln gab es in Olmütz, Iglau, Brünn und Prag. Ein Anschluss Deutschböhmens, des Sudetenlandes und der Sprachinseln mit seinen fast drei Millionen Einwohnern an Österreich wäre schon geographisch kaum möglich gewesen. Trotzdem erklärten die Abgeordneten aller deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens am 12. November 1918 den Beitritt zu Deutschösterreich – mit Ausnahme des Egerlandes, das, ebenfalls erfolglos, den Anschluss an Bayern suchte. Bald darauf besetzte tschechisches Militär die Grenze zu Österreich und vertrieb vereinzelt österreichische Volkswereinheiten. Tschechisches Militär unterdrückte Kundgebungen blutig, am 4. März wurden in 16 sudetendeutschen Gemeinden 56 Menschen getötet und 184 verletzt.

### **Ankündigung einer Versammlung zur Unterstützung der Anwendung des „Selbstbestimmungsrechtes“ in Deutschböhmen und im Sudetenland. Februar 1919.**

Nach der Vorstellung des US-Präsidenten Wilson sollte die Neuordnung Europas aufgrund des freien Willens der einzelnen Völker, des „Selbstbestimmungsrechtes“, erfolgen. In seiner Friedensordnung der „14 Punkte“ des Jahrs 1918 wurde Wilson dazu konkreter:

- Punkt 9: „Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Nationen“.
- Punkt 10: „Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden“.

Diesen Ideen standen im Widerspruch zu den Interessen der Siegerstaaten, zu denen auch die Tschechoslowakei und Kroatien/ Slowenien im Verbund Jugoslawiens zählten. Trotzdem gelang es, die Frage der Zugehörigkeit Südkärntens einer Volksabstimmung zu unterziehen. Dagegen hatte Südtirol als vertraglich zugesicherter Preis für den Kriegseintritt Italiens 1915 keinerlei Chance auf Selbstbestimmung.

Bezüglich der 3,5 Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei befürchteten die Franzosen, unterstützt von der höchst erfolgreichen tschechischen Außenpolitik Edvard Benes', durch Anwendung des „Selbstbestimmungsrechtes“ in Verbindung mit der Anschlussklärung Deutschösterreichs eine nicht akzeptable Stärkung Deutschlands. Bloß Ungarn, wie Österreich ein Verliererstaat, musste deutschsprachiges Gebiet an Österreich abtreten.

### **Aufruf an die Wiener, die Einheit Südmährens mit Niederösterreich zu unterstützen. Ernst Dryden (=Ernst Deutsch), 1919.**

Gegenüber der Forderung nach dem „Selbstbestimmungsrecht“ argumentierten tschechische Politiker immer mit den historischen Grenzen des Königreiches Böhmen. Das hinderte sie aber nicht, genau diese Grenze zu überschreiten, sobald es für sie nützlich war: nordwestlich der nieder-österreichischen Stadt Gmünd und im nordöstlichen Eck des Weinviertels beanspruchten sie aus rein wirtschaftlichen Gründen erfolgreich niederösterreichisches Gebiet. Bezüglich der



Slowakei, tausend Jahre lang Teil des Königreichs Ungarn, drehten sie die Argumentation einfach um: nun ging es um nationale und sprachliche Zugehörigkeit und wirtschaftliche Notwendigkeit anstatt um historische Grenzen.

In Südmähren und Südböhmen lagen die Siedlungen von rund 400.000 deutschsprachigen Einwohnern unmittelbar über der heutigen Staatsgrenze und bildeten mit den nieder- und oberösterreichischen Gemeinden eine kulturelle Einheit. Auch der erste Staatskanzler und spätere Bundespräsident Dr. Karl Renner stammte aus dem mährischen Untertannowitz

Die Verpflegung der Millionenstadt Wien erfolgte hauptsächlich aus Ungarn, Niederösterreich und Südmähren. Nachdem die Grenzen 1918/1919 geschlossen worden waren, konnte Niederösterreich alleine Wien nicht mehr ausreichend verpflegen. Die Hungersnot übertraf noch die des letzten Kriegsjahres. Ohne ausländische Unterstützung wäre ein Großteil der Wiener wohl verhungert.

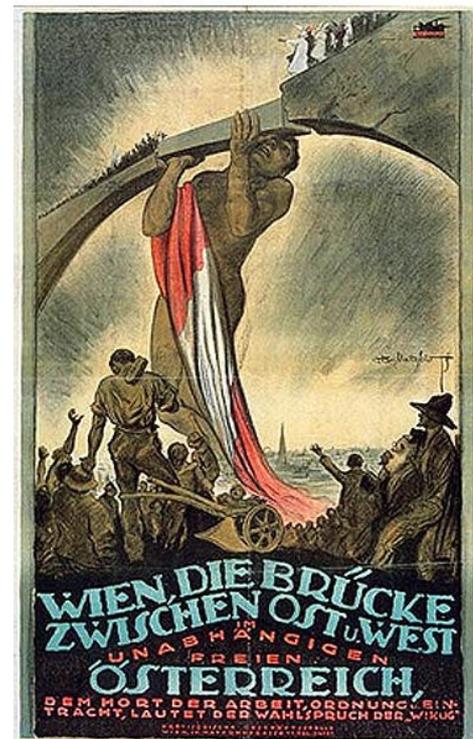


### Werbeplakat für Wien als „Brücke zwischen Ost und West“. Theo Matejko, 1919. (322)

Österreich war durch den Friedensvertrag von St. Germain zur ungewollten Eigenstaatlichkeit verpflichtet worden. Die mögliche Rolle Österreichs und speziell Wiens als Brücke zwischen Ost und West wird auch heute gerne zitiert. Nach 1918 war diese Brückenfunktion umso schwerer, als Österreich der wirtschaftlich und politisch schwächste Nachfolgestaat der Monarchie war und die anderen Nachfolgestaaten sich bewusst vom Jahrhundertlang als Haupt- und Residenzstadt dominierenden Wien distanzieren. Zu sehr wurde Wien auch noch mit den verhassten Habsburgern in Verbindung gebracht. Der tschechoslowakische Präsidenten Edvard Benes meinte 1937 „Lieber Hitler in Wien als die Habsburger“ – ein Jahr später war Hitler tatsächlich in Wien, im Jahr darauf in Prag.

Da Österreich bis 1938 sowohl politisch als auch wirtschaftlich immer wieder auf fremde Hilfe angewiesen war, hatte es kaum außenpolitischen Spielraum. Die „Brückenfunktion“ blieb Fiktion. Stets musste zwischen den Interessen der Nachbarn und der Siegermächte, die oft genug den eigenen direkt widersprachen, laviert werden. Und nach wie vor galt der Anschluss an Deutschland als das eigentliche Staatsziel

Erst nach der Machtergreifung des Österreichers Adolf Hitler in Deutschland 1933 distanzieren sich die meisten Parteien in Österreich von dieser Idee. Die Sozialdemokraten strichen das Ziel



des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Reich aus ihrem Parteiprogramm. Der ab 1934 diktatorisch regierende christlichsoziale Kanzler Dollfuß und sein Nachfolger Schuschnigg wollten Österreich als selbständigem „Zweiten Deutschen Staat“ neben dem Deutschen Reich ein eigenständiges Profil geben. Dem Versuch war kein Erfolg beschieden. Nur Mexiko protestierte, als Hitler am 12. März 1938 die Wehrmacht einmarschieren ließ.

### Zeitungen 1938/1939

Die Sieger von 1918 schufen durch den zynischen Umgang mit dem „Selbstbestimmungsrecht“ zahlreiche neue Probleme. Zwanzig Jahre nach den Friedensverträgen eskalierte die politische Lage in Europa: Der Druck Deutschlands auf Österreich wurde unerträglich. Kanzler Schuschnigg erschied eine Volksabstimmung über die Selbständigkeit Österreichs als einziger Ausweg. Adolf Hitler drohte mit dem Einmarsch, wenn Schuschnigg die Abstimmung nicht absage, zurücktrete und eine nationalsozialistische Regierung installiert werde. Schuschnigg gab nach, sagte die für 13. März 1938 vorgesehene Abstimmung ab und trat zurück - trotzdem marschierte die Deutsche Wehrmacht am 12. März ein und annektierte Österreich. Zu sehr verlockten die prall gefüllten Goldkeller der Österreichischen Nationalbank das praktisch bankrotte „Altreich“. Eine Volksabstimmung über den Anschluss am 10. April brachte die in Diktaturen übliche Zustimmung von 99,7 %.

Am 29. September 1938 erzwang Hitler unter Kriegsdrohung das „Münchener Abkommen“. Frankreich und Großbritannien stimmten einer Annexion der deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei sowie eine Befriedigung polnischer und ungarischer Ansprüche zu. Ab 1. Oktober 1938 besetzte die Wehrmacht die deutschsprachigen Grenzgebiete.

Der „Wiener Schiedsspruch“ vom 2. November 1938 führte zur Abtretung eines Drittels der Slowakei an Ungarn. Schließlich marschierte die Wehrmacht am 15. März 1939 doch noch in die Tschechoslowakei ein und erklärte sie als „Protektorat Böhmen und Mähren“ zu einem Teil des Deutschen Reiches.

Polen lehnte am 26. März 1939 die deutsche Forderung nach Abtretung Danzigs und einer Landverbindung zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich ab. Nach Abschluss von Bündnis- und Nichtangriffspakten mit Italien und der Sowjetunion ließ Hitler am 1. September 1939 die Deutsche Wehrmacht die Grenze zu Polen überschreiten.



## Großdeutsches Reich/ Zeitungen 1945 - 1995

Was die Sieger von 1918 absichtlich unterlassen haben – die Anwendung des Rechtes auf Selbstbestimmung auch für die Besiegten - wurde zum Auslöser des mörderischsten Krieges der Weltgeschichte. Vielleicht wird die Zeit von 1914-1945 später als „Neuer Dreißigjähriger Krieg“ bezeichnet werden, so sehr hing das Inferno des Zweiten Weltkrieges mit dem Krieg von 1914-1918 zusammen. Die Folgen dieser Schicksalsjahre 1918/1919 wurden erst 70 Jahren danach durch den Untergang des Sowjetimperiums in Europa überwunden. Dabei zerbrachen gerade mit der Demokratisierung die künstlichen Vielvölkerstaaten Jugoslawien, Tschechoslowakei und die Sowjetunion besonders rasch. Immerhin gelang es den Tschechen, sich in Frieden von der Slowakei zu trennen. Jugoslawien hingegen versank für fast zehn Jahre in Krieg und Blut.

Auch Italien verweigert das Selbstbestimmungsrecht den Südtirolern bis heute, ließ sich aber schrittweise eine hohe Autonomie abringen. In Österreich lebt eine ungarische, kroatische und slowenische Minderheit selbstbewusst und dennoch völlig integriert. Zweisprachige Ortstafeln stellen in Kärnten aber auch 88 Jahre nach Ende des Ersten Weltkrieges noch immer Problem dar, das nicht konfliktfrei und würdevoll lösbar scheint.

Für die Deutschen in Böhmen und Mähren kam jedes „Selbstbestimmungsrecht“ zu spät, sie wurden 1945 aus der Tschechoslowakei vertrieben oder ermordet.

Nicht nur die Demokratisierung, erst die Überwindung der nationalistischen Machtideologien wird Europa dauerhaften Frieden bringen. Der Beitritt der „Erben der Monarchie“ Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn und Slowenien zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 war ein weiterer Schritt auf diesem Weg. Bei aller berechtigter Kritik an der EU: Das durch sie vereinte Europa erlebt gerade die längste Friedensperiode, die diesem Kontinent jemals beschieden war.

**Material, Gestaltung und Inhalt:**  
**Dr. Erik Eybl, Wien,**  
**Kontaktadresse: erik.eybl@aon.at.**

